

Geschäft No. 3679
Bericht an den Einwohnerrat

vom 23. August 2006

betreffend

Leistungspostulate pro 2007
Stellungnahme und Anträge des Gemeinderates

Leistungspostulat Claude Rothen / Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion vom 30.06.2006
betreffend

Produktegruppe (Leistungsauftrag) 271: ‚Freizeit-, Sport- und Grünanlagen‘
Geschäft No. 3679.1

Seite 2

Leistungspostulat Barbara Selinger-Rutishauser, SP/EVP-Fraktion vom 21.06.2006
betreffend

Produktegruppe (Leistungsauftrag) 661; ‚Jugendarbeit und Freizeit‘
Geschäft No. 3679.2

Seite 4

Leistungspostulat Barbara Selinger-Rutishauser, SP/EVP-Fraktion, vom 21.06.2006
betreffend

**Produktegruppe (Leistungsauftrag) 761 und 762; ‚Freie Beratung‘ und
‚Leistungen im Sozialbereich‘**
Geschäft Nr. 3679.3

Seite 5

Leistungspostulat Barbara Selinger-Rutishauser, SP/EVP-Fraktion, vom 21.06.2006
betreffend

Produktegruppe (Leistungsauftrag) 763; ‚Leistungen im Vormundschaftsbereich‘
Geschäft Nr. 3679.4

Seite 6

1. Ausgangslage

Gestützt auf die dem Parlament im Juni 2006 vorgelegten Leistungsberichte 2005 sowie der dazugehörigen Kostenrechnungen haben die Mitglieder des Einwohnerrates gemäss § 44^{bis} des Geschäftsreglements des Einwohnerrates die Möglichkeit zur Einreichung von Leistungspostulaten.

Mit dem Leistungspostulat können für das folgende Budget Begehren zur Ausgestaltung der verschiedenen Leistungsaufträge einzelner Dienstleistungen oder Dienstleistungsgruppen (Produkte / Produktgruppen) eingereicht werden.

Die Anträge eines Leistungspostulates können sich auf alle im Leistungsauftrag enthaltenen Merkmale (qualitative, quantitative, zeitliche und finanzielle Indikatoren sowie die Plan-Werte) beziehen. Mit dem Leistungspostulat kann auch der Umfang einer von der Verwaltung zu erbringenden Dienstleistung verändert werden.

Die eingangs aufgeführten Leistungspostulate sind termingerecht bis spätestens 15. Juli 2006 eingereicht worden.

Gestützt auf § 44^{bis} des Geschäftsreglements des Einwohnerrates erstattet der Gemeinderat dem Einwohnerrat fristgerecht Bericht und Antrag zu den Leistungspostulaten.

2. Stellungnahme und Anträge zu den Leistungspostulaten

Geschäft No. 3679.1

Leistungspostulat Claude Rothen / Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion vom 30.06.2006 betreffend **Produktgruppe (Leistungsauftrag) 271: ‚Freizeit-, Sport- und Grünanlagen‘**

Wortlaut des Postulates:

Antrag:

Für die aktive Bewirtschaftung der Areale Wegmatten I und II sollen ins Budget 2007 aufgenommen werden.

Wegmatten I: 19'051 m² x CHF 14.00* = CHF 266'714.00

Wegmatten II: 18'860 m² x CHF 14.00 = CHF 264'040.00

*) entspricht Kostensatz Betriebs- und Unterhaltskosten pro m² in der Gemeinde Allschwil

Total CHF 530'754.00

Damit soll den Bedürfnissen verschiedener Nutzungen Rechnung getragen werden.

Der Gemeinderat wird gebeten, punktuell Verbesserungen anzubringen, welche den verschiedenen Nutzungsbedürfnissen entsprechen.

Neben der Pflege der Grünfläche erachten die Postulanten folgende Massnahmen für präferenswert:

- Baumbestandergänzung
- Anbringen von Bänken und Tischen
- Aufteilung der Fläche in klare Nutzungszonen (Freizeit, Erholung, Sport, Natur, Tiere)
- ev. eine zusätzliche Wasseranlage

Begründung:

Mit den Abstimmungen vom 30.11.2003 und vom 21.05.2006 hat das Volk zweimal mit gegen 2/3 aller Stimmen sich klar für die vorläufige Beibehaltung der Grünflächen Wegmatten I und II ausgesprochen.

Der Gemeindepräsident hat in den Gemeindenachrichten Nr. 24/2006 (AWB vom 16.06.2006) das Abstimmungsresultat gewürdigt und sich ebenfalls für die Wegmatten als Grünfläche ausgesprochen.

Zitat „Der Gemeinderat wird sich in Zukunft vermehrt mit der Naherholungszone ‚Allschwiler Wald‘ und selbstverständlich mit dem ‚Areal Wegmatten‘ auseinanderzusetzen haben. Das ‚Areal Wegmatten‘ wird mittel- bis langfristig grün bleiben.“

Stellungnahme des Gemeinderates:

Die heutige Grünfläche auf dem Areal Wegmatten I wird durch die Bevölkerung rege benutzt und erfreut sich grosser Beliebtheit. Die rudimentäre Gestaltung und der bescheidene Unterhalt der Anlage sprechen die Bevölkerung offenbar an. Der Unterhalt auf diesem Teil besteht heute aus einem zwei- bis dreimaligen Rückschnitt pro Jahr durch einen externen Bewirtschafter auf der Grundlage einer Vereinbarung. Diese Arbeiten sind daher für die Gemeinde weder mit finanziellem noch personellem Aufwand verbunden.

Auf dem Areal Wegmatten II besteht das Fussballfeld „Elefantenacker“ inkl. Klubgebäude und weiteren Kleinbauten. Der Unterhalt dieser Anlage wurde bisher durch den Sportplatzwart der Regiebetriebe ausgeführt. Der „Elefantenacker“ wird durch die beiden neuen Fussballplätze bei der Sportanlage im Brüel abgelöst.

Auch der Gemeinderat hat sich nach der Abstimmung über die weitere Nutzung des Areals Gedanken gemacht. Die momentane Situation der Gemeindefinanzen, vor allem auch aufgrund der Ablehnung des Quartierplanes ‚Wohnen im Bachgrabenpark‘, lässt die von den Postulanten geforderten Massnahmen schlicht nicht zu. Der Aufwand für Umgestaltungsmassnahmen hat sich auf das absolut Notwendigste zu beschränken. Neben den einmaligen Investitionen muss auch der jährliche Unterhalt berücksichtigt werden. Mit dem heutigen Personalbestand kann eine zusätzliche Fläche von beinahe 40'000 m² nicht unterhalten werden (zum Vergleich: heute wird durch die Regiebetriebe eine Rasenfläche von insgesamt rund 60'000 m² unterhalten, vgl. dazu Leistungsberichte). Ein Unterhalt durch externe Unternehmungen muss aufgrund des äusserst strengen Sachaufwand-Plafonds ausgeschlossen werden.

Der Gemeinderat hat unter Berücksichtigung dieser Ausführungen Folgendes beschlossen: der vordere Teil des Wegmattenareals (Wegmatten I) bleibt in der heutigen Form bis auf weiteres bestehen. Für das Areal Wegmatten II sieht der Gemeinderat in Absprache mit dem FC Allschwil die Entfernung der Gebäude und die Beibehaltung des Fussballfeldes als Trainingsplatz vor. Anstelle der Gebäude wird ein Platz für die Anordnung der zwei Street-Soccer-Anlagen errichtet. Für diese Arbeiten hat der Gemeinderat einen entsprechenden Investitionskredit im Voranschlag 2007 vorgesehen. Der Unterhalt des Spielfeldes wird durch den FC Allschwil übernommen, wobei die Gemeinde einen bescheidenen Beitrag an die Unterhaltskosten ausrichtet.

Durch diese Massnahmen wird zumindest ein Teil der von den Postulanten geforderten Massnahmen erfüllt: zusammen mit dem bereits bestehenden Gemeindepark entstehen verschiedene Nutzungszonen (Spiel, Sport, Erholung). Die Anordnung von Sitzbänken ist an einzelnen Stellen durchaus denkbar. Zudem könnte das Lärmproblem der heute im Schulhaus Bettenacker vorhandenen Street-Soccer-Anlage gelöst werden.

Antrag des Gemeinderates:

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wird das Leistungspostulat Nr. 3679.1 abgelehnt.

Geschäft No. 3679.2

Leistungspostulat Barbara Selinger-Rutishauser, SP/EVP-Fraktion vom 21.06.2006, betreffend
Produktgruppe (Leistungsauftrag) 661; ‚Jugendarbeit und Freizeit‘

Wortlaut des Postulates:

Antrag:

Der Gemeinderat hat dafür zu sorgen, dass der gemäss des entsprechenden Leistungsberichts im Bereich ‚mobile Sommeraktion‘ und ‚Jugendbetreuung und –beratung‘ reduzierte Personalbestand rasch möglichst wieder aufgestockt wird.

Begründung:

- Auch Allschwil erlebt Jugendarbeitslosigkeit, auch hier ‚hängen Jugendliche herum‘, die aus lauter Langeweile in Drogen und Kriminalität abrutschen könn(t)en.
- Umso erfreulicher die stetig zunehmende Besucherzahl im Jugendfreizeithaus und die stetig wachsende Nachfrage nach ‚Berufs- und Lebenshilfe‘.
- Deshalb ist es unbegreiflich, dass unter anderem auch gerade in diesem Bereich der Betreuung und Beratung junger Menschen im Jahre 2005 das Personal soweit reduziert wurde, dass (immer gemäss des entsprechenden und hoffentlich wirklich wichtigen Leistungsberichtes...) kaum noch die Hälfte der Anzahl Stunden angeboten werden konnten, obwohl die diesbezügliche Nachfrage stetig wuchs (auch dies ist im Leistungsbericht vermerkt).
- Die Bedürfnisse ‚unserer‘ Jugend sollten uns eigentlich wichtig sein (- immerhin spricht man in Allschwil von einer ‚nachhaltigen Gemeindepolitik‘, in der die ‚Bedürfnisse kommender Generationen nicht beeinträchtigt werden‘)!

Stellungnahme des Gemeinderates:

Die Postulantin beantragt, den gemäss Leistungsbericht 2005 erwähnten reduzierten Personalbestand im Bereich Jugend und Freizeit so rasch als möglich wieder aufzustocken.

Beim ‚reduzierten Personalbestand‘, wie er im Leistungsbericht 2005, Bereich 600 Bildung-Erziehung-Kultur, festgehalten ist, handelt es sich um eine Ausnahmesituation. Der Personalbestand wurde weder durch den Gemeinderat noch durch das Departement reduziert, sondern stand im Zusammenhang mit einer Mitarbeiterin im Mutterschaftsurlaub. Diese Mitarbeiterin, welche die Mädchengruppe leitet (geschlechtsspezifische Veranstaltungen), hat im Jahr 2005 den ihr gemäss § 45 des Personal- und Besoldungsreglementes vom 26. Mai 1999 zustehenden bezahlten Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen bezogen. Aufgrund der dadurch entstandenen temporären Personalreduktion konnten daher einerseits die ‚Mobile Sommeraktion‘ und andererseits die geschlechtsspezifischen Veranstaltungen der Mädchengruppe nicht im gewohnten Umfang durchgeführt werden. Seit dem Urlaub arbeitet die Mitarbeiterin wieder zum gleichen Pensum wie vor der Geburt ihres Kindes. Der Stellenplan im Bereich Jugendarbeit und Freizeit wurde nicht verändert. Aus diesem Grund ist eine Aufstockung des Personalbestandes nicht notwendig.

Antrag des Gemeinderates:

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wird das Leistungspostulat Nr. 3679.2 abgelehnt.

Geschäft No. 3679.3

Leistungspostulat Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion vom 21.06.2006 betreffend

Produktgruppe (Leistungsauftrag) 761 und 762: ‚Freie Sozialberatung‘ und ‚Leistungen im Sozialbereich‘

Wortlaut des Postulates:

Antrag:

Die gemäss des Soll-Stellenplans mögliche Aufstockung des Personalbestandes ist in den Bereichen ‚Freie Beratung‘ und ‚Sozialhilfebehörde‘ endlich zu realisieren.

Begründung:

- Die Situation der immer länger werdenden Wartezeiten bis zur Erstberatung hat sich nicht verbessert; sie verschlechtert sich stetig, offensichtlich so deutlich, dass von einer ‚Anpassung des Planwertes 2005‘ zu lesen ist – eine heikle Formulierung (‚Zahlenkosmetik statt Leistungs-Erbringung‘ ?).
- Im gesamten Bereich der ‚sozialen Dienste‘ ist die Auslastungsquote (Fallzahl pro Stellenprozent) viel zu hoch – Allschwil hält den Rekord, gemäss des so genannten ‚Kennzahlenvergleichs‘; auch der erweiterte Vergleich mit anderen Gemeinden verringert die Zahl von ‚180 Fällen pro 100 Stellenprozent‘ in keiner Weise!
- Auch im Geschäftsbericht 2005 lesen wir von einer immer noch weiter wachsenden Zahl Rat suchender Menschen, die immer noch vom unveränderten Personalbestand ‚betreut‘ werden müssen.
- Die Grenze der Belastbarkeit des Personals ist nicht mehr nur erreicht, sondern eher überschritten, eine ‚Leistungserweiterung ohne Aufstockung personeller Ressourcen‘ also völlig unmöglich – und dies angesichts auch in Zukunft weiter steigender Fallzahlen!

Stellungnahme des Gemeinderates:

Im Zusammenhang mit der Wiederbesetzung der Stelle der Sozialhilfebuchhaltung (Pensionierung der Stelleninhaberin) werden die zur Zeit nicht genutzten Stellenprocente per 1.1.2007 vollumfänglich besetzt. Die von der Postulantin beantragte Aufstockung in den Bereichen ‚Freie Sozialberatung‘ und ‚Leistungen im Sozialbereich‘ wird somit ab Januar 2007 erfüllt.

Der Gemeinderat ist sich der steigenden Fallzahlen und der personellen Situation bei den Sozialen Diensten bewusst. Bereits in seiner Antwort zum Leistungspostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion vom 22.06.2005 betreffend Produktgruppe (Leistungsauftrag) 761: ‚Freie Sozialberatung‘ (Geschäft No. 3621.3) hat der Gemeinderat im vergangenen Jahr in Aussicht gestellt, nach Vorliegen der Ergebnisse des Kennzahlenvergleiches mit entsprechenden Anträgen an den Einwohnerrat zu gelangen. Zwischenzeitlich hat sich der Gemeinderat entschlossen, den Kennzahlenvergleich im Jahr 2006 zu wiederholen. Die Ergebnisse dieses Vergleiches liegen Ende August 2006 in der definitiven Fassung vor. Nach Auswertung der neuen Ergebnisse wird der Gemeinderat mit einem entsprechenden Bericht an den Einwohnerrat gelangen.

Antrag des Gemeinderates:

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wird das Leistungspostulat Nr. 3679.3 abgelehnt.

Geschäft No. 3621.4

Leistungspostulat Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion vom 22.06.2005 betreffend
Produktegruppe (Leistungsauftrag) 763: ‚Leistungen im Bereich Vormundschaft‘

Wortlaut des Postulates:

Antrag:

Die gemäss des Soll-Stellenplans mögliche Aufstockung des Personalbestandes ist im Bereich ‚Vormundschaft‘ endlich zu realisieren.

Begründung:

- Auch im Geschäftsbericht 2005 ist von stetig wachsender Anzahl immer komplexer werdender Fälle zu lesen, die immer noch von dem seit Jahren unveränderten Personalbestand bewältigt werden müssen.
- Wir lesen auch, dass die Erwartungen der Klienten so nicht mehr erfüllt werden können; Fehlbeurteilungen durch Arbeitsüberlastung des Personals können nicht ausgeschlossen werden!
- Allschwil hält den traurigen Rekord – gemäss des so genannten ‚Kennzahlenvergleichs‘: auf 100 Stellenprozent kommen im Aufgabenbereich der sozialen Dienste 180 Fälle – unvorstellbar, wo doch jeder ‚Fall‘ ein (mindestens) Rat suchender Mensch ist! (An diesen Zahlen ändert auch der zweite Zahlenvergleich nichts!!)
- Wie schon erwähnt, sind – nun nur noch deutlicher – die Voraussetzungen für eine ‚Aufstockung personeller Ressourcen aufgrund nicht mehr erbrachter Leistungserweiterung mit vorhandenem Personalbestand‘ deutlich erfüllt.

Stellungnahme des Gemeinderates:

Wie bereits in der Stellungnahme zum Leistungspostulat von Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion vom 21.06.2006 betreffend Produktegruppe (Leistungsauftrag) 761 und 762: ‚Freie Sozialberatung‘ und ‚Leistungen im Sozialbereich‘ ausgeführt, werden die nicht genutzten Sollstellen in der Abteilung per 1.1.2007 besetzt.

Die Fallzunahme in der gesamten Abteilung und insbesondere im Bereich vormundschaftlicher Arbeit ist dem Gemeinderat bekannt. Er hat aus diesem Grund entschieden, über eine allfällige Stellenaufstockung für alle Leistungsaufträge der Sozialen Dienste erst nach Vorliegen des Schlussberichtes des Kennzahlenvergleichs 2005 (liegt Ende August 2006 vor) und nach intensiver Analyse der Ergebnisse zu beraten und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Antrag des Gemeinderates:

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wird das Leistungspostulat No. 3621.4 abgelehnt.

GEMEINDERAT ALLSCHWIL

Der Präsident: Der Verwalter:

Dr. Anton Lauber Max Kamber

Beilagen: Leistungspostulate